

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l

der 66. Sitzung des Bundesrates vom 10. November 1959

Vorsitz: Hr. Bundesrat Etter

Abwesend: HH. Lepori, Holenstein (krank),
Bundespräsident (dienstlich).

Schriftführer: HH. Oser und Weber

Protokolle: Keine

Beginn: 8 Uhr 30 Schluss: 10 Uhr 25

Schriftliche Anträge

Departement des Innern

Kleine Anfrage Bringolf-La Tour-de-Peilz vom 27. April 1959

Herr Wahlen erklärt, dass ihn die Anwendung des Kostendeckungsprinzips bei der Berechnung von Prüfungsgebühren für Kandidaten der Medizin nicht befriedige. Ein Antrag auf Aenderung der Antwort werde aber nicht gestellt.

Militärdepartement

Kleine Anfrage Overney vom 25. September 1959

Herr Wahlen macht darauf aufmerksam, dass in der Frage der letzte Satz wohl irrtümlich stehen geblieben sei, denn wie der Bundesrat durch die BK orientiert worden sei, habe Herr Overney eingewilligt, auf diesen etwas aggressiven Satz zu verzichten.

Finanz- und Zolldepartement

Revision der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterordnungen

Das Geschäft wird anhand der in Form einer synoptischen Darstellung niedergelegten Stellungnahme des FZD behandelt.

BO I Art. 1, Abs. 3

BO II, Art. 1, Abs. 2

Nachdem die Bundeskanzlei an ihrem Antrage festhält, wird beschlossen:

FZD und BK sollen sich verständigen.

BO I, Art. 1, Abs. 2, Ang.O. Art. 1

Herr Petitpierre stimmt der Fassung FZD zu, nachdem Herr Streuli nochmals zusichert, dass die besonderen Vorschriften für die Beamten (Angestellten) des EPD in einer BO III erlassen werden sollen.



BO I, Art. 55, BO II, Art. 50, Ang.0, Art. 62,
Arb. 0, Art. 64

Herr Wahlen erklärt, dass die SBB am Antrag laut Mitbericht festhalten, dass sich dagegen das PED mit der Fassung des FZD einverstanden erklären könne. Da man nicht für die SBB eine Sonderregelung treffen könne, werden sich diese unterziehen müssen.

BO I, Art. 85

Auf Antrag von Herrn Wahlen wird folgender Text beschlossen: "Sofern der Schaden 1'000 Franken nicht übersteigt, können die Departemente diese Befugnis den ihnen direkt unterstellten Abteilungen übertragen; letztere entscheiden endgültig."

Das vorgesehene Datum für das Inkrafttreten passt den SBB und der PTT nicht. Es wird beschlossen, dass sich das FZD direkt mit diesen Bundesstellen verständigen soll.

In allen übrigen Fällen wird nach den Anträgen des FZD entschieden.

Herr Streuli kommt noch auf die Frage der Bundesbediensteten zu sprechen, die ausserhalb Berns Wohnort haben (Vgl. Aussprache über die Kleine Anfrage Strebel vom 21. September 1959 im Protokoll der 65. Sitzung vom 6. November 1959). Es soll nun der Sache auf den Grund gegangen und abgeklärt werden, ob das Personalamt über die erteilten Bewilligungen über die Verlegung des Wohnsitzes ausserhalb des Dienstortes oder des Wohnkreises orientiert wurde. Herr Wahlen wiederholt seine Bemerkung von der letzten Sitzung, wonach es darum gehe, dass die Wahlbehörden einheitliche Weisungen erhalten, innerhalb welchen Spielraums sich die Arbeitszeitverschiebungen bewegen dürfen.

Inkrafttreten des Getreidegesetzes vom 20. März 1959, Ausführungsbestimmungen

Den Ausführungen und Anträgen im Mitbericht des JPD vom 9. November 1959 über das Inkrafttreten stimmt das FZD zu. Was die Änderungen an der Vollziehungsverordnung betrifft, so erteilt der Rat dem FZD die Kompetenz, sich direkt mit dem JPD zu verständigen. Sollte keine Einigung möglich sein, muss das Geschäft am Freitag nochmals vorgelegt werden.

Post- und Eisenbahndepartement

Konzessionsdienst Automobile, Eisenbahnen, Trolleybusse, Schifffahrt

Herr Streuli erklärt, am Antrag des FZD laut Mitbericht nicht festzuhalten. Herr Wahlen gibt bekannt, dass er in materieller Hinsicht mit Herrn Streuli einverstanden sei. Die vorgesehene Lösung in personeller Hinsicht bedeute jetzt eine Ausnahme. Man sei gewillt, wenn sich die Verhältnisse in personeller Beziehung wieder ändern, die Angelegenheit baldmöglichst in Ordnung zu bringen.

Finanz- und ZolldepartementNachtragskreditbegehren II. Teil

Herr Wahlen macht darauf aufmerksam, dass durch den Antrag FZD vom 30. Oktober 1959 auf Streichung des Kredites von 5'000 Franken eine Differenz geschaffen werde. Herr Streuli stimmt einem Antrag des Herrn Wahlen auf eine symbolische Herabsetzung des Postens auf 4'000 Franken zu. Herr Wahlen hat auf Grund seiner Untersuchung den Eindruck gewonnen, dass vom Luftamt nicht übermarcht worden sei. Man könne sich allerdings die Frage stellen, ob nicht die Swissair in stärkerem Masse zur Kostentragung beigezogen werden könnte. Was die Ueberwachung des Kontrolldienstes der Swissair durch den Kontrolldienst des Luftamtes betrifft, findet Herr Streuli, dass diese Lösung entweder zu einer grossen Mehrausgabe oder zu einem Dilettantismus führe.

BundeskanzleiSparmöglichkeiten bei den technischen Vorarbeiten und dem Druck der Munitionsreglemente

Herr Streuli dankt der BK für die gemeldete Sparmöglichkeit.

U m f r a g eHr. P e t i t p i e r r eEntwurf einer Note betr. Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen der Kleinen Freihandelszone und dem Gemeinsamen Markt

Herr Petitpierre hat seinen Kollegen gestern den Entwurf einer Note geschickt, die nach seiner Absicht nach Unterzeichnung des Vertrages über die Errichtung der kleinen Freihandelszone den einzelnen Regierungen der 6 Länder des gemeinsamen Marktes überreicht werden sollte. Diese Gelegenheit dürfe man sich nicht entgehen lassen, nachdem man immer erklärt habe, die kleine Freihandelszone sei nur eine Etappe auf dem Wege zu einer europäischen Wirtschaftsvereinigung. Herr Petitpierre hat die Auffassung, dass die heutige Einstellung der französischen Regierung sich über kurz oder lang ändern werde. Es handle sich um einen von ihm persönlich aufgestellten Entwurf, der noch modifiziert werden könne.

Herr Petitpierre nimmt verschiedene sich aus einer ersten Aussprache ergebenden Anregungen zur Prüfung entgegen. Was die von Herrn Streuli aufgeworfene Frage der Konferenz einer bundesrätlichen Delegation mit schweizerischen Wirtschaftsführern betreffe, könne diese nicht mehr vor Abschluss des Vertrages über die Kleine Freihandelszone erfolgen. Herr Wahlen glaubt, dass eine solche Konferenz auch nachher noch einen Sinn habe.

Herr Petitpierre will auch diese Frage prüfen. Die Behandlung im Bundesrat soll wie folgt vor sich gehen: Ausarbeitung eines neuen Entwurfes auf Grund der heutigen Aussprache durch EPD, Behandlung in der Sitzung der Wirtschafts- und Finanzdelegation vom nächsten Freitag, Beschlussfassung in der Sitzung des Bundesrates vom nächsten Dienstag.

Atomreaktoren

Herr Petitpierre orientiert über die Schwierigkeiten einer Einigung innerhalb der interessierten Kreise der Privatindustrie. Der Delegierte für Fragen der Atomenergie wurde beauftragt, eine Botschaft an die eidg. Räte vorzubereiten, die in der Dezembersession vorgelegt werden kann.

Rücktritt des Direktors des Seeschiffahrtsamtes

Der Direktor dieses Amtes, Herr Dr. Ryniker, tritt auf Ende des Jahres zurück. Da er nicht pensionsberechtigt ist, wird der Vorsteher des FZD ersucht, zu prüfen, ob ihm nicht eine Entschädigung ausbezahlt werden könnte.

Besuch des Wirtschaftsministers von Argentinien, Alzogaray

Herr Alzogaray hält sich bei uns auf, um bei den Banken Kredite zu beschaffen für sein Land. Es sollte ihm ein Mittagessen offeriert werden. Herr Petitpierre wird daran teilnehmen.

Besuch des argentinischen Innenministers, Vitolo

Herr Vitolo hält sich hier auf, um die internationalen Organisationen zu besuchen. Man sollte auch ihn zu einem Essen einladen, nachdem er auch dem Herrn Bundespräsidenten einen Höflichkeitsbesuch abstatten wird. Herr Wahlen wird den Bundesrat vertreten.

Einladung Marokko

Es wird endgültig entschieden, dass Herr Streuli hingehet (s. auch Verhandlungsprotokoll der letzten Sitzung).

Hr. S t r e u l i

Mitteilungsblatt No. 5 des Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge

Die Frage von Herrn Streuli, ob diese Angelegenheit erledigt sei, wird von Herrn Petitpierre bejaht.

Schweizer Fussballer in Ungarn

Herr Streuli weist auf das unqualifizierbare Verhalten unserer Fussballer in Budapest hin, wie dies im Bericht von Minister Hegg geschildert wird. Er erwähnt auch die Exzesse unserer Turner in Basel. Unser Volk sei krank, es sei in der Hochkonjunktur verzogen worden. Könnte man nicht einmal die Präsidenten der Sportorganisationen auf dieses unwürdige Verhalten hinweisen. Herr Petitpierre stellt fest, dass in keinem anderen Lande die Presse sich derart über die bei uns akkreditierten Diplomaten äussert. Die Frage, ob nicht der Herr Bundespräsident den Präsidenten des Schweiz. Fussballverbandes und des Schweiz. Pressevereins kommen lassen und ihnen die Besorgnisse des Bundesrates mitteilen könnte, sollte an der nächsten Sitzung nocheinmal zur Diskussion gestellt werden.

- 5 -

Hr. W a h l e n

Berichtigung einer Meldung der "Tat" über den Sitz der Fernsehstudios
Herr Wahlen gibt bekannt, dass er sich veranlasst gesehen habe, der Presse eine Richtigstellung zugehen zu lassen, weil die Tat die aus der Luft gegriffene Behauptung verbreitet habe, als endgültigen Sitz der Fernsehstudios seien Zürich, Genf und Lugano gewählt worden.

Botschaft über die 2. Juragewässerkorrektur

Die Vertreter der interessierten 5 Kantone drängen darauf, dass diese Botschaft bald komme. Das Departement wäre in der Lage, die Botschaft, die fertig sei, herauszugeben. Herr Wahlen möchte wissen wie das Klima der Konferenz gewesen sei, an welcher^{die} Herren Lepori, Etter und Streuli die Vertreter der Jurakantone empfangen hätten. Herr Etter gibt bekannt, dass man sich darauf beschränkt habe, Wünsche entgegenzunehmen und ergänzende Fragen zu stellen. Das PED habe es übernommen, dem Bundesrat nach Fühlungnahme mit den andern beteiligten Dienststellen Antrag zu stellen. Der Rat ist der Ansicht, dass man hier bis zur Märzsession warten könne, und dass die Interessenten Verständnis für die heutige Situation beim PED aufbringen müssten.

Einladung Monaco, 26. November

Herr Petitpierre will schauen, ob er hingehen kann.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 65. Sitzung vom 6. November soll in der nächsten Sitzung des Bundesrates genehmigt werden.

* * *